

# Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Nr. 32.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern gratis zugewandt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von 1,50 Mk. pro Quartal zu beziehen. — Inseratentnahme nur gegen Vorausbezahlung. — Werbungen nur: Postkassenskonto 7718 Köln.

Köln, den 8. August 1913.

Inserationspreis für die wiersp. Petitzeile 30 Pfg. Stellengesuche und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Expedition befinden sich Köln, Denloerwall 2. Telefonruf B. 1548. — Redaktionschluss ist Montag Mittag.

14. Jahrg.

## Mit dem einen, das andere.

In unserer Bewegung mangelt es nicht an Arbeit. Alle, die guten Willens sind, haben zu tun, um mit den Aufgaben, die zu erfüllen sind, fertig zu werden. Eine neue Aufgabe löst die andere ab. Zuweilen stellen sich auch mehrere neue Aufgaben auf einmal ein. So jetzt, wo Volksversicherung und Krankenkassenwahlen Arbeit in Hülle und Fülle bringen.

Ueber all den neuen Fragen, mit denen wir uns in der christlichen Gewerkschaftsbewegung zu beschäftigen haben, steht aber zweifellos die Aufgabe der Stärkung und Förderung unserer Organisation. Es dürfte besonders jetzt angebracht sein, darauf hinzuweisen, daß es trotz aller Probleme, die auf uns eindringen, nichts wichtigeres gibt, als dieses. Halten wir unsere Organisation nicht auf der Höhe, bauen wir sie der Zeit entsprechend nicht aus, so ist alle andere Arbeit für die christliche Gewerkschaftsbewegung ziemlich wertlos. Wo immer uns neue Aufgaben erwachen, bleibt für uns die Kernfrage: Nützt unsere Tätigkeit der christlichen Gewerkschaftsbewegung und wie kann bei der Betätigung für diese oder jene Sache, unserer Bewegung gedient werden?

Das gilt insbesondere auch von der Tätigkeit im Dienste der Volksversicherung. So gut und empfehlenswert der Abschluß einer Versicherung ist — für den christlichen Gewerkschaftler ist die Nebenaufgabe der deutschen Volksversicherung, der sozial. Volksfürsorge das Agitationsgebiet freitig zu machen, wohl wichtiger. Unsere Aufgabe ist, daß weiten Volksschichten, die der Sozialdemokratie noch nicht anheimgefallen, die Möglichkeit gegeben wird, die Vorteile der Volksversicherung wahrzunehmen, ohne daß sie des festen Besuches eines sozial. Agitators ausgehebt sind. Unter diesem Gesichtspunkte muß sich unsere Werbearbeit für die Volksversicherung vollziehen. Bedeutend wichtiger deshalb, als sich um den Abschluß einer Versicherung bei den christlichen Gewerkschaftlern zu bemühen, ist es für unsere Vertrauensleute, die Kreise der Unorganisierten der Volksversicherung des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften zu führen. Die Unorganisierten bleiben so beim Abschluß einer Versicherung fortgesetzt mit unserer Bewegung in Fühlung, weil ja die Beiträge durch unsere Funktionäre einfließen werden. Die Werbearbeit und die Einfassung zur Volksversicherung kann und muß uns so in erster Linie mit jenen Kreisen in Fühlung bringen, die für die christliche Gewerkschaftsbewegung noch gewonnen werden können. Unsere Kollegen sollten deshalb die notwendige Tätigkeit für die Volksversicherung als eine wertvolle Gelegenheit zur Stärkung des Verbandes benutzen. Diese günstige Gelegenheit ist ohne Zweifel geboten. Ueberall Gebrauch davon zu machen, ist nicht mehr und nicht weniger als gewerkschaftliche Pflicht.

Eine weitere Gelegenheit, die zur Werbearbeit für die Gewerkschaftsbewegung benutzt werden muß, bieten die in Wahlen stattfindenden Krankenkassenwahlen. Wollen die christlichen Arbeiter dabei gut abschneiden, dann dürfen nicht nur diejenigen an die Wahlurne gebracht werden, die sich bereits als Mitglieder unserer Organisationen bekennen. All die Halben und Launen, die sich bisher noch abseits stellten, müssen für den Wahlgang ermuntert werden. Das gibt Arbeit, viel Arbeit für uns. Unlohnend wäre diese aber, würde sie nur unternommen, nur um eine günstige soziale Wahl herbeizuführen. Die Zusammenkunft mit Unorganisierten muß auch benutzt werden, die Gewerkschaft zu stärken. Ein freundliches Wort findet immer einen guten Ort. Und lassen die Verhältnisse z. B. die Bearbeitung des Einzelnen für den Verband nicht empfehlenswert erscheinen, so bleibt immerhin durch die Agitationsarbeit für die soziale Wahl, der gewerkschaftliche Gewinn, daß wir Adressenmaterial erhalten, das für spätere Zeiten verwertet werden kann.

Sage man deshalb nicht: Die Volksversicherung und die sozialen Wahlen machten so viel Arbeit, daß die Agitation für den Verband leiden mußte! Es ist ja eine alte Erfahrungstatsache, daß dergleichen Dinge immer wieder zur Verschärfung des Stillstandes oder Rückganges einer Zahlstelle dienen müssen. Genau so, wie auch die Lohnbewegungen. Wird keine Lohnbewegung geführt, dann heißt's in der Regel, dieses sei der Grund, warum kein Leben in der Zahlstelle herrsche und neue Mitglieder nicht gewonnen werden könnten. Wird aber eine Lohnbewegung geführt, dann trifft die damit verbundene viele Arbeit die Schuld, daß die Agitation nicht wirksam betrieben werden konnte.

Fort mit allen Entschuldigungen! Wer am Verbands mit allen Fasern seines Herzens hängt, der unternimmt nicht, wodurch er nicht dem Verbands dienen kann. All sein Tun und Lätzen von den Erfolgen, die seine Organisation dabei erzielen kann. All praktisch und nüchtern denkender Mensch muß der christliche Gewerkschaftler nur zu gut, daß die Stärke seiner Gewerkschaft das A. und O. des sozialen Kampfes des Arbeiterverbandes ist.

Trotz aller Arbeit und aller Hemmnisse, die uns begegnen, müssen wir vorwärts. Weder der Rückgang der wirtschaftlichen Konjunktur, noch die anscheinende Belebung des Gewerkschaftskampfes dürfen uns bei aller sonstigen Arbeit Anlaß zur Befriedigung unbefriedigender Erfolge sein. Eben deshalb, weil die Aussicht des gewerkschaftlichen Fortschritts nicht die allergünstigsten sind, müssen wir mit verdoppeltem Eifer werden und wirken. Alle Schwierigkeiten sind nur da, um überwunden zu werden. Und wenn neben der Beseitigung dieser Schwierigkeiten auch sonstige Arbeit in umfangreichem Maße unser hart — nie vergessen soll werden, darf die Arbeiterchaft den stärksten Halt in ihrer Berufsorganisation finden. Dieser zu dienen, sie zu stärken und auszubauen, ist allzeit unsere vornehmste Aufgabe.

## Der Boykott

bedeutet für den Boykottierten ein zweifaches. Einmal einen Schaden. Sein Absatz wird verringert oder gar gänzlich aufgehoben. Sodann einen Druck auf seine Willensfreiheit. Er soll eben durch die Schadenszufügung zu einer Aenderung seines bisherigen Verhaltens gezwungen werden. Er soll entweder etwas tun, was er bisher nicht getan hat (z. B. bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen gewähren), oder etwas unterlassen, was er bisher getan hat (z. B. Warenbezug von einem bestimmten Dritten einstellen), je nach dem Zwecke, der mit dem Boykott verfolgt wird. Dieser ist im Einzelfalle höchst verschieden. Bisher sind Boykotts über Händler und Produzenten verhängt worden, um sie zur Herabsetzung der Preise, zur Gewährung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, zur Anerkennung einer Gewerkschaft, zur ausschließlichen Benützung eines bestimmten Arbeitsnachweises, zur Unterstützung einer Gewerkschaft im Lohnkampfe, zur Wahl in einem bestimmten parteipolitischen Interesse zu veranlassen.

Was sagt der Staat durch seine Gesetze dazu? Auszugehen ist davon, daß das Gesetz nicht jede Schädigung eines anderen und nicht jede Einwirkung auf den Willen eines anderen für widerrechtlich erklärt. Es ist das auch unmöglich, denn unser ganzes Wirtschaftsleben beruht auf der freien Konkurrenz, und Konkurrenz bedeutet Schädigung, Niedrerdwängung des Konkurrenten.

Rechtswidrig und zu erregen ist aber der Schaden, der durch Vertragsbruch verursacht wird. Das gleiche gilt von dem Schaden, der einem anderen vorsätzlich in einer gegen die guten Sitten verstoßenden Weise zugefügt wird (§ 226 B. G. B.). Verbote und strafbar ist die Einwirkung auf den Willen eines anderen, wenn sie sich als Erpressung oder als Nötigung zum Beitritt zu einer Koalition darstellt (§ 253 Str. G. B., 153 B. G. B.).

Hieraus ergibt sich für den Boykott folgendes: Nicht jeder Boykott verstößt gegen die Gesetze. Insbesondere kann man bezüglich der Boykotte, die zur Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen oder zur Erzielung geringerer Warenpreise geführt werden, nicht sagen, daß sie unter allen Umständen zum Schadenersatz verpflichten oder daß ihre Androhung stets gegen ein Strafgesetz verstöße. Es kommt vielmehr für einen solchen Boykott darauf an, ob er nach der Auffassung aller billig und gerecht denkenden Menschen gerechtfertigt ist.

Im einzelnen aber sind folgende Regeln zu beachten, die der Rechtsprechung des Reichsgerichts und des Kammergerichts zugrunde liegen:

1. Unerlaubt ist der Boykott, der in Verbindung mit einem Tarifvertragsbruch verhängt wird. Solange ein Tarifvertrag läuft und von der Gegenseite respektiert wird, muß gewerblicher Friede herrschen.
2. Unerlaubt ist jeder Boykott, wenn durch ihn der Gegner an den Wettstreit gebracht werden soll. Es gilt für unstatlich, dem Gegner im gewerblichen Kampfe den letzten Blutstropfen abzuziehen.
3. Unerlaubt ist jeder Boykott, der den Gegner zwingen soll, sein politisches Wahlrecht im Sinne der Boykottierenden auszuüben. Es darf also niemand zu dem Zwecke boykottiert werden, damit er den Kandidaten einer bestimmten politischen Partei wähle. Beim Wählen soll jeder nach seiner freien Ueberzeugung handeln.
4. Unerlaubt ist jeder Boykott, der verhängt wird, weil jemand nicht im Sinne der Boykottierenden gewählt hat. Es soll niemand zum Schaden gereichen, bei der Wahl nach seiner Ueberzeugung gehandelt zu haben.
5. Unerlaubt ist jeder Boykott, der wegen eines Verhaltens verhängt wird, das bereits der Vergangenheit angehört, denn er erfolgt aus Rache. Ein reiner Racheboykott aber ist unstatlich.
6. Unerlaubt ist der Boykott, wenn die Schädigung, die er voraussehbarer Weise mit sich bringt, in gar keinem Verhältnisse zu dem erstrebten Ziele steht. Es darf also nicht der Boykott über einen Arbeitgeber verhängt

werden, weil er im Einzelfalle gegen seine Arbeiter ungerrecht gemessen ist.

7. Unerlaubt ist der Boykott, durch den der Gegner gezwungen werden soll, die Ansprüche Einzelner aus dem Arbeitsverhältnisse zu erfüllen, z. B. dem A und B den rückständigen Lohn auszuzahlen. Für die Verwirklichung solcher Ansprüche stehen dem Betroffenen geeignetere Mittel, die Gerichte und Gerichtsvollzieher, zu Gebote.

8. Unerlaubt ist es, den Boykott zu verhängen, ohne vorher dem Gegner denselben unter Angabe der Gründe und des Zweckes mitgeteilt und ihm Gelegenheit zu friedlichen Verhandlungen gegeben zu haben. Er soll nicht der Gefahr des Ruins ausgesetzt sein, ohne sie durch Nachgeben beseitigen zu können.

9. Unerlaubt ist der Boykott, durch den der Arbeitgeber zu dem Versprechen gezwungen werden soll, künftighin seine Arbeitskräfte nur noch durch den Arbeitsnachweis der Boykottierenden zu beziehen.

10. Unerlaubt ist das Boykottpostenstellen, wenn der Boykott selbst unerlaubt ist. Aber auch wenn dieser berechtigt ist, so hat es sich „in bescheidener und unauffälliger Weise“ zu vollziehen.

11. Unerlaubt und leicht strafbar ist die Androhung eines unerlaubten Boykotts.

12. Strafbar nach § 153 ist es, einem anderen als demjenigen, der durch den Boykott zu einem bestimmten Verhalten gezwungen werden soll, den Boykott anzudrohen, damit er auf die Seite der Boykottierenden trete.

13. An sich erlaubte Boykotts, wie diejenigen gegen Arbeitgeber zur Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, oder gegen Produzenten und Händler zur Erzielung niedrigerer Preise, werden unerlaubt, wenn sie mit verwerflichen Mitteln geführt werden. Das ist der Fall, wenn der Boykottierte von den Boykottierenden öffentlich beschimpft und beleidigt wird, wenn über ihn bewußter oder auch nur fahrlässiger Weise unwahre Tatsachen behauptet werden, die den Boykott zu fördern geeignet sind. Besonders gilt besonders von der Verbreitung solcher Tatsachen, die eine falsche Anschauung über den Grund zum Boykott hervorzurufen geeignet sind. Es müssen deshalb im Falle eines erlaubten Boykotts stets die in den Zeitungen und in den Flugblättern zu veröffentlichen Tatsachen und Aufrufe peinlichst auf ihre Wahrheit und maßvolle Form geprüft werden. Wer der Aufforderung zum Boykott Folge leisten soll, soll auch instande sein, sich ein eigenes Urteil in der Sache zu bilden und sein Verhalten danach einzurichten.

## Die Holzarbeiter im Wagen-, Karosserie- und Waggonbau.

(Schluß.)

Füßel-Köln: In der Waggonfabrik Herbrand & Co. in Köln-Ghrenfeld herrscht das Kolonnen-system. Die Kolonnen kommen allerdings mit dem Geld, wofür die einzelnen Waggonpartien angeblich kalkuliert sind, in der Regel nicht aus; es ist dieses das beliebte System, wonach einzelne Kolonnen immer Schulden haben. Da jedoch der Stundenlohn jetzt bei uns garantiert ist, schadet den Kollegen das Schuldensystem der Kolonnen wohl nicht mehr so viel. Ein Uebelstand ist die Dreibeinigkeit bei der Arbeit. Während die Schreiner und die Stellmacher noch an den Wagen arbeiten, sind schon die Lackierer da. Oft werden die Wagen dreimal an einem Tag gestrichen. Bei der Intensivität, womit jetzt gearbeitet werden muß, ist unbedingt eine Verkürzung der Arbeitszeit notwendig. Was in anderen Betrieben möglich ist, muß auch in den Waggonfabriken gehen.

Siedel-Köln: Es bestehen bei uns zwei Tarifverträge, der Innungs- und der Fabrikarar. Ersterer wurde früher mit dem Gesellenauschuß abgeschlossen, konnte aber das letzte Mal mit den Verbänden getätigt werden. Die tariflichen Beschlüsse sind in beiden Verträgen so ziemlich dieselben, jedoch ist im Innungsvertrag die Arbeitszeit von wöchentlich 52 Stunden vorgesehen, während sie im andern Vertrag noch 53 Stunden beträgt. Die Löhne bewegen sich bei den Karosseriemachern im Durchschnitt auf 68—70 Pfg.; bei den Helfern auf 56—58 Pfg. An sanitären Einrichtungen mangelt es fast überall. Während Sanitätsanlangen und Ventilationen überhaupt nicht bestehen, ist für Waschgelegenheit nur in einigen wenigen Werkstätten gesorgt.

Füßel-Heidelberg: Der Wunsch einer besseren gegenseitigen Verständigung, sowie noch einen Austausch der Redner ist zu unterfassen und ich habe diese Gedanken bereits mit einem Verbandsmitglied besprochen. Der Redneraustausch würde sicher zu einem guten Versammlungsbesuch führen und die Kollegen zu neuer Arbeit aneignern.

Stedem-Düsseldorf: Aus den ersten Ausführungen des Kollegen Werder ging hervor, daß im Stellmachersgewerbe noch viel zu tun ist. 6—7000 organisierten stehen noch 60—70000 unorganisierte Kollegen gegenüber. Ein erheblicher Teil wird dabei sein, an die wir so leicht nicht herankommen werden, z. B. in kleinen Orten und auf dem Lande. Trotzdem ist noch sehr viel zu tun und bedarf es der Anstrengung aller Kräfte, wenn wir weiter vorwärts kommen wollen. Im Wagenbau unterscheiden wir besonders drei Gruppen: 1. Kleinfabrikanten, 2. Karosseriefabriken und 3. Waggonfabriken. In den Kleinfabrikanten und in

den Waggonfabriken sind die Kollegen noch vielfach schlecht organisiert, während es in den Karosseriefabriken doch schon vielfach besser aussieht; das kommt daher, weil in den Karosseriefabriken vielfach rührige Kollegen die Arbeit leiten. Wo in den Waggonfabriken effiziente Kollegen arbeiten, sehen wir ebenfalls überall ein stetes Anwachsen der Organisation. Wir dürfen jedoch nicht allein unser Augenmerk auf die Groß- und Mittelbetriebe richten, sondern müssen auch den Kleinbetrieben unsere besondere Aufmerksamkeit schenken. Sind doch vielfach die Kollegen, welche in Kleinbetrieben arbeiten, am schlechtesten gestellt. Auch wenn die Zahl der an einem Ort beschäftigten Stellmacher nicht so groß ist, daß eine eigene Berufsgruppe gebildet werden kann, so müssen wir doch alles daran setzen, die einzelnen Kollegen zu gewinnen. Wo die Zahlstellen nicht zu weit auseinander liegen, ist es wohl ein Referentenaustausch möglich. Eine engere Fühlungnahme der Berufsgruppen in Köln, Düsseldorf, Hagen, Herdingen, Mannheim, Frankfurt, Heidelberg können sich ebenfalls leicht verknüpfen. Auf die Beschäftigtenzahl der Rentabilität der einzelnen Waggonfabriken dürfen wir auch wohl unser Augenmerk richten. Die Düsseldorf Waggonfabrik, welche sich ja auch jetzt noch sehr gut rentiert, war früher noch viel rentabler. Wurden doch schon 22 Prozent Dividende verteilt; jetzt sind es noch etwa 13-14 Prozent. Der Kollege Jüstel hat auf die Antriebsleistung hingewiesen; vielleicht ist dieses auch auf die zu späte Berechnung der Aufträge seitens des Staates, der Gemeinden und Gesellschaften, welche Straßen- und Vorortbahnwagen zu vergeben haben, zurückzuführen. Auf die Verkürzung der Arbeitszeit in den Waggonfabriken müssen wir mit Nachdruck hinwirken. Von den Arbeitgebern des Holzgewerbes wird uns bei Verhandlungen oft vorgehalten, daß wir in den Waggonfabriken nicht mit der nötigen Energie auf die Verkürzung der Arbeitszeit hinwirken. Wie von den Kollegen schon mehrfach betont wurde, wird in den Waggonfabriken einer solchen Forderung gearbeitet, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit unbedingt notwendig ist. Unser nächstes Ziel muß sein, dafür zu sorgen, daß überall die notwendigen Arbeitskräfte zur Regel wird. Durch ihre eifrige Tätigkeit haben die Kollegen ja auch heute schon manches erreicht; mit den Kölnen Karosseriefabriken ist z. B. ein immerhin ansehnlicher Fortschritt zu verzeichnen, welcher den Kollegen erhebliche Lohnverbesserungen brachte; auch sind, was in der Holzindustrie sehr selten ist, einige Ferientage vorgezogen, welche mit bezahlt werden. Wenn die Kollegen mit Eifer und Ausdauer an dem Ausbau der Organisation arbeiten, wird es nicht schwer werden, weitere Erfolge zu erzielen.

**Krajewski-Duisburg:** Ich möchte die Kollegen bitten, auch auf die in Wagen- und Waggonfabriken beschäftigten Polsterer und Sattler ihr besonderes Augenmerk zu richten. Wir haben verschiedentlich gehört, daß die Kollegen berühten: die Polsterer und Sattler sind bei uns nicht organisiert. Die Stellmacher können viel dazu beitragen, daß auch diese Kollegen in den Verband aufgenommen werden. Es mag etwas schwieriger sein, an diese Kollegen heranzukommen, aber möglich ist es doch. Es ist unbedingt notwendig, daß die einzelnen Berufsgruppen sich gegenseitig unterstützen. Da nun die Stellmacher besonders in den Waggonfabriken vielfach schon gut organisiert sind, wird es wohl mit dieser Anregung bedürfen, damit dieselben auch mitziehen, um auch die Polsterer und Sattler unserer Organisation anzuschließen.

**Koll-Hagen:** Die Schilberungen meiner Vorträge über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Waggonfabriken kann ich mir nicht genug leisten. Auch in Hagen ist in den letzten Jahren der Kolonnenverkehr für den einzelnen Kollegen immer zu beschwerlich. Inwiefern läßt die willkürliche Handhabung durch den Kolonnenführer und Meister eine genaue Uebersicht über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu? Von einem Kolonnenführer wie er sein soll, kann hier gar nicht gesprochen werden, wenigstens nicht dort, wo gegenseitige Beziehungen zwischen den Kollegen wie es auch in Hagen der Fall ist. So ist es auch mit dem Lohn-, Durchschneid- und Höchstlohn. All dies wird nach dem Gutdünken der Kolonnenführer geregelt, unbestimmt, dann, ob der eine die Arbeit in dieser oder jener Zeit hergestellt hat. Hier gilt auch der Grundsatz: "Wer am Tag gut, dem bekommt der Tag gut". Die gemeinsamen Interessen werden gewahrt, das eine Hauptziel der Kolonnenführer. Gerecht und Gabe sind Dinge, nach denen jeder trachten muß, der zu den Tätigen gezählt werden will. Auch Maschinen, die früher nicht gemacht wurden, werden ohne eine Erklärung des Kolonnenführers eingepflegt. Ob der Polsterer eine Arbeit zwei oder dreimal poliert, ist doch ein großer Unterschied.

Vor dem schon erwähnten Schuldensachen muß dringend gewarnt werden. Hier muß sofort, wenn nicht andere Gründe angeht, werden können, eine Erklärung des Schuldensachen werden. Wenn aber sollen die Kollegen über eine solche Schuldensache gleichgültig hinweggehen? Gerade der 10. und 11. April, den wir in Hagen hatten, ist zum Teil sehr schön entstanden. Auch der enorme Unterschied der Löhne, in einzelnen Fällen 20-25 Prozentunterschieden in den Kolonnen, sehen wir dazu, die Gerechtigkeit der Kollegen zu prüfen, andererseits der Firma und den Betriebsführern eine gute Probe zu geben, mit denen sie jeden Versuch der Verbesserung über die so notwendige Arbeitsverhältnisse machen kann.

Auch die Verhandlung, besonders hier so belächelte Referententage, sind wohl nicht besser werden, wenn nicht ein energisches Handeln der Kollegen Platz greift. Zunächst gilt es, eine Organisation der Organisation heranzuführen. Ebenso auf eine solche Organisation der Kollegen kann der Erfolg der Verhandlung nur beruhen. Wenn erst werden geschickte Verhandlungen möglich sein. Wenn auch der Einfluß der Durchschneidung 50 und 65 Prozent ausreicht ist, sollte doch auch nicht verzweifeln werden, welche Verbesserungen gerade der Waggonbau an den Körper des Eisenbahnwagens ist. In diesen Geschäftsbereich kann nur durch die Organisation der Kollegen etwas geschaffen werden. Daher ist bei den Verhandlungen auch nicht leicht möglich, wenn diese in den letzten Jahren vorliegen und die Holzarbeiter auf sich allein verlassen sind.

In den Stahlbetrieben ist es im allgemeinen immer noch nicht so gut bestellt wie in einem Betrieb, in 3 Tagen noch 10 Stunden gearbeitet. Die Löhne sind 38 und 40 Pf. für 10 Stunden 15-25 Pf. für 12 Stunden. Die Arbeiter sind mit einem Stundenlohn von 15-25 Pf. bezahlt. Verbesserungen werden nicht gemacht. In diesen Betrieben werden bessere Löhne angestrebt, in denen auch der höchste Lohn bezahlt wird. Bei sanitären Einrichtungen ist hier nur noch in der Waggonfabrik noch nicht einmal die Hälfte erreicht. In den meisten Fällen liegen die Kollegen in einem Zustand, wenn es ihnen an den notwendigen ist. Es ist ein großer Mangel, in Hagen noch nicht einmal eine Holzarbeiterorganisation zu haben, die sich nicht zu helfen.

In der Agitation muß sehr gearbeitet werden. Vor allem soll die in einzelnen Kollegen werden können. Der Verband der Holzarbeiter muß sich für die Holzarbeiter in Hagen einsetzen und sollte auch bei der Organisation der Holzarbeiter

sowie der Vertrauensposten ohne Rücksicht auf andere an die Spitze stellen. Wenn ein Kollege in solchen Sachen seine Pflicht nicht kennt, muß es durch einen anderen ersetzt werden. Gerade hier gilt es den Wichtigsten an den Posten zu stellen. Dieses verlangt schon das Fortwärtkommen in den einzelnen Zahlstellen. Auch die Agitation den "Genossen" gegenüber sollte man nicht mit klagenartigen Reden abtun. Hier gilt es erst recht seinen Mann stellen; man's im Guten nicht geht, dann eben im Argen. Wenn hier mit der nötigen Energie, auch wo es Not tut, mit einer Portion Kumpfmacht, vorgegangen wird, läßt sich mancher Kollege für unsere Ideen gewinnen. Solchen Elementen, die dort das große Wort führen, ist bei etwas Kenntnis und Schlagfertigkeit immer beizukommen. Wie in Hagen, so werden auch in anderen Orten die Genossen manches auf dem Herdholz haben, womit man ihnen das große Maul stopfen kann. Hoffen wir, daß die heutige Konferenz mit dazu beiträgt, auch die Stellmacher besser für uns zu gewinnen, als es bisher der Fall war. Besonders sollten die Kollegen der Waggonfabriken durch eifrige Mitarbeit dazu beitragen, daß gute Verhältnisse geschaffen werden können.

**Schnitzguss-Köln:** Besonders wichtig und wertvoll für den Ausbau der Organisation ist auch eine feste enge Fühlungnahme mit den christlich-organisierten Kollegen der anderen Berufe, welche in den Wagen- und Waggonfabriken beschäftigt sind. Wenn unsere Kollegen sich gegenseitig kennen und miteinander in Verbindung bleiben, so können sie sich gegenseitig gegen den roten Terrorismus. Da die Sattler meist rot sind, ist es besonders wichtig, daß wir den Kollegen dieses Berufes, welcher unserer Gefinnung sind, helfen, damit auch diese unserem Verbande zugeführt werden.

**Schimmel-Bochum:** Neben den Sattlern und Polsterern sind es besonders die Robellgeschreiner, welche uns viel zu schaffen machen. Bei einzelnen Berufen ist vielfach noch ein Kampfsgeist vorhanden, wodurch die Agitation besonders erschwert wird. Es ist deshalb wohl zweckmäßig, wenn wir Kommissionen wählen, welche zunächst die Unorganisierten ausfindig machen. Dann werden möglichst geeignete Kollegen mit der Hausagitation beauftragt. Die Gewinnung geeigneter Referenten für die Berufsgruppenversammlungen ist besonders wichtig. Durch eine bessere Fühlungnahme der Berufsgruppen untereinander ist sicher auch eine bessere Gewinnung von Referenten möglich. In manchen Orten sitzen oft tüchtige Kollegen, welche sehr wohl mal in einer benachteiligten Berufsgruppe einen Vortrag übernehmen könnten. Treten wir also mehr als bisher miteinander in engere Fühlungnahme; dadurch wird sicher unsere Betriebsaktivität erheblich gefördert.

**Schulze-Herdingen:** Aus dem Referat war mit aller Deutlichkeit zu ersehen, daß sich alle Betriebe in der Ausnutzung der Arbeitskräfte so ziemlich gleichen. Auf der Herdinger Waggonfabrik, wo vor einigen Jahren das Zwanzigmann-System eingeführt wurde, haben sich die Verhältnisse arg zuspitzt. Da gibt es bald kein Arbeiten mehr, sondern nur noch ein Schlingeln. Der eine will noch früher mit der Arbeit fertig sein wie der andere und so kommt es, daß die Kollegen sich selbst auf den Hund arbeiten, aber auch direkt den Freizeidiebler spielen. Die Firma sucht diese Vorgänge auch schon für sich anzusehen. Obwohl wir den neuen Tarif im vorigen Jahre abgeschlossen, wird durch eine andere Arbeitsverteilung versucht, den Tarif zu umgehen, was zur Folge hat, daß auch andere Betriebsstellungen herauskommen. Die Verkürzung der Arbeitszeit ist darum schwierig, weil die anderen Berufsgruppen an Orte in der Organisation noch weit zurück sind und die Industrie viel ungeleitete Arbeiter aufweisen hat. Dazu kommt dann, daß eine große Zahl der Leute vom Lande sind. Diese für unsere Ideen zu gewinnen, hält, wie jeder weiß, schwer. Zum Beispiel des Heidelberger Kollegen, die einzelnen Betriebsstellungen untereinander auszuhandeln, pflichte ich bei. Nur wäre es auch notwendig, die Arbeitsweise, die ja fast in jedem Betriebe eine andere ist, mit anzugeben. Dieses ließe sich wohl am besten durch unsere Zentralausstellung bewerkstelligen.

**Kunkel-Düsseldorf:** Wir haben uns nun genügend ausgesprochen, sorgen wir dafür, daß jetzt überall mit neuer Begeisterung gearbeitet wird. Die Stellmacher sind doch diejenigen, welche bei Herstellung der Wagen die meiste Verantwortung tragen müssen; da gerichtet es sich, daß wir auch in der Organisation die ersten sind und uns von keinem anderen Beruf überlassen lassen.

**Werder-Brühl:** Die Automobilindustrie schreitet immer mehr vorwärts und mit der weiteren Ausbreitung hat auch die Leiharbeit immer mehr zugenommen. Manche Kollegen meinen, wir müssen die Leiharbeiter verschüchtern. Das wird jedoch nicht möglich sein. Gegen verlässliche Verbesserungen der Betriebsverhältnisse können wir uns nicht wehren; im Gegenteil, wo wir an der Verbesserung derselben mitarbeiten können, sollen wir es tun. Die Behauptung, daß die mittleren Betriebe immer mehr verschwinden werden, halte ich nicht. Den persönlichen Wünschen der Kolonnenführer kann der Mittelbetrieb vielfach Rechnung tragen, als der Großbetrieb.

Bei der Holzarbeiterbewegung in den Großbetrieben wo viele ungelern Arbeiter am Morgen beschäftigt sind, wird manchmal viel Schmutz gestreut. So liefert z. B. die Firma Köpcke in Deilmannsdorf seitens einmal 40 Wagen für Berg nach Budapest. Die Wagen können schließlich wieder zurück. Allerdings haben auch die Großbetriebe immer mehr gelernt Arbeiter heranzubilden, indem eigene Beschäftigtenabteilungen eingerichtet werden. Es ist wohl selbstverständlich, daß wir diesen unsere größte Aufmerksamkeit zuwenden müssen. Ein Hebel, der zum größten Schaden des ganzen Gewerbes ansetzt, ist das immer mehr an sich greifende Spaltentum. Die größten Gewinne beim Holzhandel werden schon heute bei Händlern ein. Wenn die Holzhandlung sich zusammenfassen würden, um diesen Handel zu führen, so würde das zum Vorteil des Gewerbes sein.

**Schneider-Berlin:** Auch bei uns in Berlin werden in einzelnen Betrieben die Löhne hundertweise hergestellt, während andere Firmen keine Lohnarbeit, sondern nur gute, den persönlichen Wünschen der Kolonnenführer entsprechende Wagen liefern.

**Stül-Köln:** Ich halte das Anzustreben der Kollegen in einzelnen größeren Betrieben nicht für gut, halte vielmehr dafür, daß es besser ist, wenn die Kollegen möglichst über die an drei verschiedenen Betrieben verteilt sind, weil nach meiner Ansicht die Gefahr einer größeren Arbeitslosigkeit so nicht gegeben ist. Auch kann man jetzt geeignete Kollegen leichter einstellen.

Die Diskussion ist beendet; es folgt nunmehr die Wahl des Zentralausstellers.

Diese ergab die einstimmige Wahl des Kollegen Werder-Brühl als Vorsitzender. Der Kollege Kunkel-Düsseldorf wurde ebenfalls einstimmig wiedergewählt. In Stelle des einstimmig ausgeschiedenen Kollegen Jüstel-Köln, wurde der Kollege Schnitzguss-Köln einstimmig gewählt. Die Kollegen wählen die Wahlkommission an und verpflichten sich mit aller Kraft für die Zentralausstellung zu wirken.

Das Jahr "Verständigung" bedeutet niemand das Wort.

**Schluss der Beratungen.**

Kursch-Ed-Köln: Aus den Vorträgen sowohl wie aus der Diskussion haben wir wiederum gehört, welche große Umwälzungen sich in den letzten Jahrzehnten im Stellmacher-, Wagen- und Waggonbauwerke vollzogen haben. In die Seite des ehemals vorherrschenden Kleinmeisters ist der Fabrikbesitzer, an die Seite der einfachen Werkstatt der Großbetrieb getreten. Diese Umwälzungen führen naturgemäß zur Organisation der betreffenden Arbeiterschaft. Wir beobachten denn auch, wie in den letzten Jahren, insbesondere die Stellmacher, sich mehr wie früher der Organisation anschließen. Seit der Konferenz vor 4 Jahren hat sich die Zahl der unserem Verbande angehörenden Stellmacher verdoppelt. In mehreren Zahlstellen sind neue Berufsabteilungen gegründet worden. Zum Teil herrscht in den Berufsabteilungen auch ein rühriges Leben.

Trotzdem sind wir alle davon überzeugt, daß es noch viel besser in bezug auf die Organisation werden muß. Wenn die heute hier versammelten Kollegen das Gehörte zu Hause in die Tat umsetzen, wird das uns wiederum ein gutes Stück vorwärts bringen. Um eines noch möglich ist die Anwesenden bitten: wenn an dem einen oder anderen Orte die Verhältnisse besonders schwierig liegen, dann schimpft, jammert und klagt trotzdem nicht. Das ist eines Mannes unwürdig und es wird damit nichts gebessert. Helfen kann einzig und allein die ausdauernde, praktische Organisationsarbeit. Wir müssen an die Kollegen herantreten, ihnen die Vorteile der Organisation klar machen, so lange, bis wir sie im Verbande zu tätigen, überzeugten Mitgliedern gemacht haben. Wer von seiner Organisation überzeugt ist, hält auch in kritischen Momenten an ihr fest und läßt sich vor allen Dingen nicht von gegnerischen Mauthelden irre machen oder einschüchtern. Die Grundlagen unserer Organisation sind solide. Es gilt auf der soliden Grundlage weiter zu bauen, bis wir den letzten Kollegen in unseren Reihen haben. Durchlöcher müssen wir allüberall, wo es am Plage ist, unsere gute Sache vertreten. Wer für seine Ueberzeugung eintritt und dafür kämpft, verschafft sich am ehesten Ansehen und Respekt, auch bei Gegnern. Wer dagegen durchs Leben einhergeschwankt bald nach der einen, bald nach der anderen Seite neigt, wird dementsprechend auch behandelt. Zu diesen feigen und schwankenden Gestalten wollen wir uns nicht zählen. Darum fürchtet an die Arbeit zum Gewinnen neuer Mitglieder, Gründen neuer Berufsabteilungen, Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse.

**Werder-Brühl:** Wir sind nun am Schlusse unserer Tagung angelangt. Nochmals danke ich den Kollegen, die unserem Rufe gefolgt sind; mögen dieselben jetzt auch mit dem hier behandelten Eisen in der Heimat an dem Ausbau der Organisation mitarbeiten. Aus den Vorträgen und in der Diskussion haben wir gehört, wie es aussieht und was noch zu tun ist. In den Karosserie- und besonders in den Waggonfabriken, nicht minder aber auch in den Kleinbetrieben gilt es zu arbeiten und die Kollegen für unsere Ideen zu begeistern.

Mit einem dreifachen Hoch auf den Zentralverband christlicher Holzarbeiter Deutschlands fand die anregend und einmütig verlaufene Konferenz ihren Abschluß.

**Bekanntmachung des Vorstandes.**

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 81. Wochenbeitrag für die Zeit vom 3. Aug. bis 9. August fällig ist.

Die Zahlstelle Kreuznach erhält die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrages von 5 Pf. (Gesamtwochenbeitrag 55 Pf.)

**Lohnbewegung.**

Die Ortsverwaltungen haben bei allen Lohnbewegungen der Zentralstelle jede Woche vor Redaktionsschluss einen Bericht über den Stand der Bewegung einzusenden.

Der Bezug ist fernzuhalten

Schreiber: Gsch: Rheydt: (Röses & Schneider). Gebweiler i. S., Geestemünde (Rillen). Sgersk. Fürsten- und Bischofsmacher: Kärnberg. Sägewerkarbeiter: Cham i. Bayern.

**Tarifabschluss mit der Orgelbauanstalt Verschorf in Reife.** Zwischen dem Zentralverband christlicher Holzarbeiter Deutschlands, Zahlstelle Reife und der Firma Verschorf, Orgelbauanstalt, konnte der Abschluß eines Tarifvertrages getätigt werden. Der Vertrag bringt den bei der Firma beschäftigten (nur christlich organisierten) Kollegen wesentliche Verbesserungen. So wurden erreicht: Lohnerböschung sofort 2 1/2 Pf., am 15. Mai 1914 2 Pf., am 15. Mai 1915 1 Pf. Zulage pro Stunde. Arbeitszeitverlängerung sofort 1 Stunde, am 15. Mai 1914 1/2 Stunde, am 15. Mai 1915 wieder eine 1/2 Stunde. Eine Ueberstundenzulage wurde bis jetzt nicht gezahlt, erreicht wurden 5 und 10 Pf. pro Stunde. Die Kassengelder zahlt die Firma. An den Vorabenden der hohen Feste ist um 4 Uhr Arbeitschluss ohne Lohnabzug. Bei Montagezulagen herrscht bis jetzt freie Vereinbarung. Festgelegt wurde eine Zulage von 2,80 bis 2,60 RM. pro Tag mit dem Zusatz, daß an besonders teuren Plätzen eine höhere Zulage freier Vereinbarung unterliegt. Fahrzeit wird als Arbeitszeit vergütet. Außerdem sind noch festgelegt Zulagen bei Deilmannsdorf, sowie bei Arbeiten in einer Entfernung bis zu 7 1/2 Kilometer, Einführung von Lohnbüchern usw. Auch dieser Tarifabschluss zeigt, daß bei gutem Zusammenarbeiten der Kollegen und durch Festhalten dieser am Verbands etwas zu erreichen ist.

**Berichte aus den Zahlstellen.**

**Sagman.** Was lange währt, wird endlich doch! Dieses Sprichwort läßt sich auch auf unseren industriellen Schwarzwaider anwenden, in dem es nunmehr gelungen ist, eine Zahlstelle des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter zu gründen. Das wird noch nicht früher geschehen ist, ist hauptsächlich auf die große Beschäftigung der einheimischen Arbeiterschaft zurückzuführen.

Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse bedürfen hier sehr der Besserung, zumal die Lebensmittelpreise denen der Großstadt nicht nachstehen. Mit einem Stundenlohn aber von 88 Pfg. dürfte es heute einem erwachsenen Kollegen kaum möglich sein, auch nur ein halbwegs menschenwürdiges Dasein zu führen. Dabei darf nicht außer Acht gelassen werden, daß sich die Unorganisierten durch Vernachlässigung ihrer Pflicht als moderne Arbeiter nicht nur selbst und ihre organisierten Nebenkollegen schädigen, sondern auch gleichzeitig ihre Berufskollegen in der Großstadt, denen sie eine empfindliche Konkurrenz machen und eine aufwärtsstrebende Gewerkschaftsarbeit ungeheuer erschweren. Wenn schon es sehr schwer ist, bei jedem Standesbewußtsein baren anfassigen Arbeiterschaft die christliche Gewerkschaftsidee plausibel zu machen, so muß doch auch hier planmäßige, unablässige und zielbewußte Werbearbeit zum Ziele führen. Müssen daher die Kollegen ihrer Aufgabe bewußt und bestrebt sein, das in den letzten Jahren hier Bekannte nachzuholen, damit man später mit Recht sagen kann: Was lange währt, wird endlich gut.

**Neige.** Die Zahlstelle Neige unseres Verbandes hielt am 20. Juli eine Versammlung ab. Dieselbe war gut besucht und hatten sich auch mehrere Kollegen des christlichen Metallarbeiterverbandes eingefunden. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende, Kollege Göhl, des Hinscheidens des Kollegen Arbeitersekretärs Vinkowski, welcher leider zu früh ins Grab finden mußte. Kollege Göhl hob die großen Verdienste, die sich der Verstorbene in seiner achtjährigen Tätigkeit um unsern Verband sowie um die gesamte christliche Arbeiterbewegung erworben hat, hervor. Das Andenken des lieben Verstorbenen wurde durch Erheben von den Plätzen geehrt. Alsdann hielt der anwesende Bezirksleiter, Kollege Schopohl einen Vortrag über: Soziale Wahlen und Arbeiterbewegung. Die interessanten Ausführungen des Redners wurden durch den anwesenden Kollegen Hönen, Redakteur der „Ostdeutschen Arbeiterzeitung“, unter Berücksichtigung unserer Reifer Verhältnisse wesentlich ergänzt. Kollege Göhl sprach noch über die gegenwärtige Lage der Allgemeinen Krankenkasse, sowie über die Krankenkasse der Holzarbeiter, welche jedenfalls bestehen bleiben wird und appellierte an das Pflichtbewußtsein der Kollegen, alles daran zu setzen, um bei den bevorstehenden Wahlen möglichst günstig abzuschneiden. Nach Bekanntgabe des erfolgten Tarifabschlusses bei der Firma Verchdorf und Erledigung einiger geschäftlicher Sachen wurde die gut verlaufene Versammlung geschlossen. Nächste Versammlung am 16. August, 8 1/2 Uhr abends, mit Vortrag des Kollegen Hönen.

**Offenbach.** In Nr. 172 vom 25. Juli 1913 bringt das hiesige sozialdemokratische Abendblatt einen Artikel: „Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1912“. Das genannte Blatt versucht hier von neuem, die christliche Arbeiterbewegung in der bekannten jödischen Weise herabzusetzen. In erster Linie wurmt dem Sozgenblatt der vertratene Ruhrbergarbeiterstreik; was das Blatt darüber schreibt, ist so ziemlich das Gegenteil von dem früher immer behaupteten, daß die christlichen Gewerkschaften Zentrumsorganisationen wären, abhängig von Bischöfen und Geistlichen. Doch das sind wir ja von dem Blatt gewöhnt. Heute so, morgen wieder anders. Das aber dürfte heute selbst bei all denen feststehen, die früher anders dachten, daß der Bergarbeiterstreik verpfuscht war, ehe er proklamiert wurde. Ebenso ist's ja mit dem jetzigen Westarbeiterstreik, in dem sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern manche heiße Stunde kosten dürfte. Wenn das Blatt dann schreibt, ohne die christlichen Gewerkschaften ständen die deutschen Arbeiter heute auf einer höheren Stufe wirtschaftlich und politisch, so ist das lediglich eine beweislose Behauptung. Das „Abendblatt“ sollte sich einmal bemühen, Lohnkassisten aus Rheinhund-Westfalen, wo die christlichen „Schrift“ immerhin etwas mitzulegen haben, mit solchen aus dem Königreich Sachsen und aus Thüringen, wo fast nur „freie“ Gewerkschaften in Betracht kommen, zu vergleichen. Da würde schon etwas anderes herauskommen. Um aber den Geistlichen ein anzuhängen, da sind alle beweislosen Behauptungen gut. Weiter gefällt sich das Blatt in der Behauptung: Die geringen Kampfmittel zeigen die Bedeutungslosigkeit der christlichen Gewerkschaften.“ O heilige Enfant! Als ob da die beste Arbeitervertretung zu suchen ist, wo die meisten Gelder für Streiks, auch wenn sie noch so unfruchtbar und von vornherein verpflucht sind, verausgabt werden! Wir streiken nicht, um zu streiken und das Geld zu verpulvern, sondern sehen den Streik als letztes Mittel zur Erreichung unserer Wünsche an. Uebrigens unterschlägt das Blatt, daß zum Beispiel der christliche Metallarbeiterverband im Jahre 1912 183 000 Mark für Streiks ausgeben hat; es schreibt nur, daß der größte christliche Verband 63 000 Mark für diesen Zweck verausgabte. Wohl den Gewerkschaften, die ein sogen. ruhiges Jahr hatten und ohne große Ausgaben für Streiks Erfolg zu erzielen vermochten. Besser so, als daß durch unsinnige Streiks die selben großgezogen werden. Und wenn das Blatt, hinweisend auf die christlichen Gewerkschaften, von Streikbrechern schreibt, so unterschlägt es besser zunächst die Streikbrüchleren seiner hiesigen Freunde. Srinnet sei nur an den Streik in der „Gosla“ aus jüngster Zeit. Lehre man vor seiner Tür, und man hat genug „Dred am Stecken“ hängen. Wenn das Abendblatt sich darüber ausläßt, daß die christlichen Gewerkschaften nicht so zuneimen an Mitgliederzahl, wie es die Führer wünschen, so sei erwidert, daß jeder die „Freiheit“ und „Brüderlichkeit“ der Genossen mit ihrem oft schamlosen Terrorismus viele Arbeiter von uns abhalten. Wollten wir Umschau halten, wie viele nur die Furcht vor Drangsalierung und Arbeitslosigkeit abhält, zu uns zu kommen, unsere Zahl dürfte sich mehr wie verdoppeln. Daß die Sozialdemokraten aber auch nur mit Wasser kochen und das Geld nehmen, wo sie es bekommen, steht man im Offenbach mit seiner roten Stadtverordnetenmehrheit. Wenn man jedes Jahr 50 Mark Steuer bezahlt als Arbeiter, so ist das ein Beweis, daß man auch von einer sozialdemokratischen Mehrheit und dreiviertel roten Verwaltung nichts geschenkt bekommt. Wie „bürgerlich“ unsere Stadt mit ihrer Verwaltung ist, dazu folgendes: Als vor kurzem das Regierungsjubiläum unseers Kaisers war, hat man es nicht für nötig befunden, auch nur ein lächerliches Gebäude zu besorgen. Der Oberbürgermeister holte sich sogar bei dem sozialdemokratischen Reichs-, Land- und Stadtverordneten Ausschuss, ob man sich an der Jubiläumsadresse beteiligen sollte. Rühmlich lehnte der Herr das ab, und so geschah es auch. Einige Zeit darauf war ein sozialdemokratisches Turnfest. Fast alle christlichen Gebäude hatten gestimmt. Die städtische Straßenbahn wurde im Gaidandenschmuck! Oberbürgermeister Dr. Dullow war in höchstweigner Person auf dem Festplatz erschienen, um die sozialdemokratischen Turner zu feiern. — Erzog alladem man auch in Offenbach die christlich-nationale Arbeiterbewegung. In unserm Zentralverband christlicher Holzarbeiter geht es nicht anders. Kein Nachlassen darf es für uns geben. Jeder Kollege muß ein Agitator sein, damit auch der letzte Mann, der noch nicht zu uns gehört, in unsere Reihen hincinkommt.

**M. Glabbach.** Ein zweiter Arbeiterversammlung wird am Sonntag den 10. August, nachmittags 3 Uhr, in M. Glabbach, Hotel Oberstadt (früher Rothen) Markt, abgehalten. Der erste Arbeiters-

vertretertag, der am 13. Juli stattfand, hat soviel Anklang gefunden, daß auf einen guten Besuch dieser zweiten Tagung gerechnet werden kann. Zur Aussprache steht diesmal die Invalidenversicherung.

### Gewerkschaftliches.

**Genauere Adresse beachten!** Noch immer laufen Postsendungen fürs Generalsekretariat ein, die an Postfach 157 adressiert sind. Es wird deshalb nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß diese Adresse falsch ist, weil das Generalsekretariat seit 1. April d. J. kein Postfach mehr hat; dieses ist anderweitig vermietet und die fürs Generalsekretariat bestimmten Sendungen laufen unter dieser Bezeichnung an eine falsche Adresse. Die richtige Adresse des Generalsekretariats lautet einzig: Köln, Benloerwall 9. — Gleichzeitig sei auch darauf hingewiesen, daß der Reichstagsabgeordnete Kollege Johann Becker nicht mehr im Bureau für Arbeitervertretung am Reichsversicherungsamt tätig ist; Nachsüchlingen sind nicht an ihn, sondern nur an Th. Krebber, Berlin-Steglitz, Bergstraße 11, zu richten. Kollege Becker fungiert als Geschäftsführer des Gesamtverbandes Deutscher Krankenkassen. Sein Büro befindet sich ebenfalls in Köln, Benloerwall 9.

**Religiöse und politische Neutralität des roten Böttcherverbandes.** Die „Deutsche Böttcherzeitung“ Nr. 27 berichtet über einen Ausflug der Bezirke Ober-, Mittel- und Unterfranken des sozialdemokratischen Böttcherverbandes nach Würzburg. In dem Berichte heißt es:

„Wenn wir erst dachten, der Regen sei eine Strafe Gottes für unsere Ungläubigkeit, so wurden wir durch eine Musikkapelle, welche ihren Instrumenten feierliche Töne entlockte, eines Besseren belehrt; denn nach einer genauen Prüfung überzeugte uns das an den Fahnenstangen befestigte Kreuz, daß der liebe Gott auch mit einem katholischen Arbeiterverein, welcher seine Gäste mit einigen Mannen abholte, kein Erbarmen hatte.“

Durch die Stadt zogen dann die roten Böttcher den Berg hinauf zum Wallfahrtsort „Käppele“. Ueber die Eindrücke auf diesem Wege wird folgendes gesagt:

„Als wir auf unzähligen Treppentufen den Berg erklimmen, an dem verschiedene Leidensstationen, welche das Leiden und Sterben Christi darstellten, vorbei kamen, konnte man verschiedentlich sein Bedauern über das hier verschwendete schöne Geld, aber die Dummheit der Massen ausdrücken hören.“

Von „Käppele“ ging's dann nach Heibingfeld, wo die Genossen einer sogenannten „Festrede“ lauschen durften. Der Festredner, ein „Genosse“ Helfenberger aus Nürnberg stellte Vergleiche an zwischen dem Zweck, den die katholischen Arbeitervereine verfolgen und den Zielen des roten Böttcherverbandes, „auf der einen Seite Verdrummung der Massen, Erziehung zur Unterwürfigkeit und Knechtschaft zum Nutzen von Staat, Kirche und Kapital, auf der anderen Seite Erziehung zur Solidarität, Freiheit und zur Erlämpfung eines menschenwürdigen Daseins“. Redner schilderte dann weiter

„den Kampf des besondern in der Gegend herrschenden Zentrums gegen alle Arbeiterinteressen, darauf hinweisend, daß diese Partei, wie das Jesuitengesetz zeige, Toleranz für sich in Anspruch nimmt, zu gleicher Zeit aber den bayerischen Eisenbahnern das Koalitionsrecht raubt. Ihr Lösungswort heißt: Wer knecht ist, soll knecht bleiben“. Redner schilderte weiter den Zweck der Wehrkraftvereine, die anwesenden Eltern, Väter und Mütter auffordernd, ihre Söhne und Töchter nicht den Volksunterbrüdern und Volksausbeutern zur Erziehung als Werkzeug zu übergeben. Er schloß mit dem Appell mitzuarbeiten an der Agitation für Gewerkschaft, Partei und insbesondere für die Arbeiterpresse.“

Die Kostprobe beweist, daß der rote Böttcherverband alles andere ist, als wie eine neutrale Organisation. Wenn die Herren im gut-christlichen Unterfranken schon solche Däne anlagern, wie mögen sie da erst in den roten Hochburgen reden?

**Beendigung der Legilarbeiter-Aussperrung in Bocholt.** Der große Kampf in der Bocholter Legilindustrie mit einer Beteiligung von 60 Firmen und 6500 Arbeitern, ist beendet. Die Differenzen hatten ihren Ursprung in der Lohnfrage. Die Löhne in der Bocholter Legilindustrie sind sehr mäßig, sie betragen durchschnittlich Mk. 950.— pro Jahr. In den letzten Jahren der empfindlichen Verteuerung der Lebensbedingungen sind nur in einzelnen Fällen Erhöhungen vorgenommen worden. Nach dem Bericht der münsterländischen Gewerbeinspektion haben die Lohnverhandlungen mit der Verteuerung der Lebensmittel nicht gleichen Schritt gehalten. Unter diesen Verhältnissen entstand eine Lohnbewegung. Die Verhandlungen zogen sich resultatlos Monate hindurch in die Länge und als infolge dieser Verzögerung die Arbeiterschaft eines Betriebes die Kündigung einreichte, beantwortete die Fabrikanten-Vereinigung diese Maßnahme sofort mit der Generalaussperrung aller Arbeiter. Verhandlungen, die in letzter Stunde durch Vermittlung des Königl. Regierungs- und Gewerberats Pirsch (Münster) gepflogen wurden, blieben erfolglos, da die Fabrikanten-Vereinigung lediglich eine „Regulierung“ der Löhne, keineswegs aber eine greifbare Erhöhung in Aussicht stellte. In zahlreichen Nebenfragen (Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit und einer einheitlichen Schuberrechnungsmethode, Bezahlung von Ueberstunden, Vergütung bei Warten auf Material etc.) war allerdings eine Verständigung erzielt worden. Da die Lohnfrage aber den Kern der Differenzen bildete, wurde die Aussperrung perfekt. Mehrere Vermittlungsversuche, die in den folgenden Wochen namentlich vom Bürgermeister der Stadt Bocholt geleitet wurden, scheiterten, da die Fabrikanten-Vereinigung in der Lohnfrage keinerlei Entgegenkommen zeigte. Die Arbeiterschaft trat ihrerseits von ihrer früheren Forderung (15%) im Interesse des Friedens immer weiter zurück und als schließlich die Fabrikanten-Vereinigung erklärte, die Löhne so regeln zu wollen,

daß diejenigen Lohnsätze, die zu niedrig seien, erhöht werden sollten, schien die Einigung vor der Tür zu stehen. Die Arbeiterschaft erklärte durch ihre Organisations-Berater, daß sie dem Vorschlage des Bürgermeisters, auf der Grundlage der vorgenannten Erklärung der Fabrikanten-Vereinigung und bei Aufrechterhaltung der früher in den Nebenfragen versprochenen Zugeständnisse der Arbeitgeber, Frieden zu schließen, zustimme. In diesem kritischen Moment zog die Fabrikanten-Vereinigung aber ihre früheren Konzeptionen in den Nebenfragen zurück und erklärte; darüber erst nach Wiederaufnahme der Arbeit eventuell verhandeln und beschließen zu wollen. Gleichzeitig machte sie durch die örtliche Presse bekannt, daß sie sich auch an ihren eigenen Beschluß in der Lohnfrage nicht mehr gebunden halte, wenn nicht im Laufe des nächsten Tages noch die Arbeit wieder aufgenommen werde. Dieses Vorgehen der Fabrikanten-Vereinigung hatte eine ungeheure Erbitterung in den Kreisen der Arbeiterschaft zur Folge. Eine Mitglieder-Versammlung des christlichen Legilarbeiter-Verbandes beschloß, im Einverständnis mit ihrer Organisation mit 1920 gegen 54 Stimmen, die Arbeit unter diesen Bedingungen der Fabrikanten-Vereinigung nicht aufzunehmen, sondern fortzusetzen. Das energische Auftreten der Arbeiterschaft, das durch die Sympathie der Bürgerschaft noch eine wirksame Unterstützung erfuhr, bewirkte, daß die Fabrikanten umschwenkten. Sie setzten ihre früheren Konzeptionen wieder in Kraft und ermöglichten so der Arbeiterschaft den Beschluß zur Wiederaufnahme der Arbeit.

### Soziale Rundschau.

**Wer arbeiten will, findet Arbeit!** So lautet die Weisheit die jüngst in der „Brandenburgischen Landeszeitung“ verzapft wurde. Das Blatt schreibt:

„Dadurch, daß immer wieder, sei es nun von Gemeinden oder den Gewerkschaften, den Arbeitslosen durch Zuwendungen geholfen wird, auch ohne Arbeit auszukommen, vermehrt sich in dem einzelnen Arbeiter die Ueberzeugung, daß er schließlich im Notfall doch immer von anderer Hand unterhalten wird, und diese Gewißheit wird ihn bei seiner Suche nach Arbeit nur schädlich beeinflussen. Wer heutzutage im Deutschen Reich ernstlich Arbeit sucht, wird auch, von vereinzelten Ausnahmen vielleicht abgesehen, solche finden können. Diese Arbeitslosenunterstützung erschwert aber nur ein ernstliches Suchen nach Arbeit und zieht in dem Arbeiter künstlich die Anschauung groß, daß der Staat dazu da sei, für ihn zu sorgen, wenn er aus irgendeinem Grunde, der wohl zumeist an ihm selbst persönlich liegt, keine Arbeit hat. Die Angehörigen aller schaffenden und auf ihrem Arbeitslohn angewiesenen Stände sind oftmals dazu gewöhnt, Arbeitsgelegenheit anzunehmen, die vielleicht keineswegs ihren Wünschen entspricht. Aber der Kampf um das Dasein ist hart und fragt nicht danach, ob eine Arbeit paßt oder nicht. Diesen Daseinskampf durchzugehen, kann keinem Menschen, am wenigsten dem Arbeiter, erspart bleiben. Gewiß soll der Staat und die bürgerliche Gesellschaft die christliche Pflicht haben, in wirklicher Not befindlichen Mitmenschen zu helfen, aber eine romantische Unterstützung der Arbeitslosigkeit wird nur doppelt schädlich wirken, indem es den einen Teil verwöhnt, den anderen Teil dauernd belastet. Soll das Uebel der Arbeitslosigkeit erfolgreich beseitigt werden, so darf man es nicht mit augenblicklichen Anstößen versuchen, sondern muß dabei an die Wurzel gehen. Dazu gehört, daß man dem Zuge nach der Großstadt und allen ihn förderlichen Bestrebungen energische Einhalt gebietet, und andererseits die Rückwanderung auf das platt Land durch entsprechende Maßnahmen in die Wege leitet. Arbeit kann jeder anständiger Mensch, der sich ernstlich darum bemüht, finden, wenn eben nicht in der Großstadt, dann auf dem Lande!“

Es ist einfach eine Unverschämtheit, in dieser Weise von der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu reden. Das köstliche Wahre, das die Ausführungen enthalten, besteht lediglich darin, daß durch die Rückwanderung aufs Land, die Arbeitslosigkeit gemildert werden kann. Aber völlig zu beseitigen ist sie durch den Abzug aus den Städten noch lange nicht. Von 2 064 232 gewerkschaftlich organisierten Deutschlands waren am Ende des Monats Juni d. J. nicht weniger wie 53 669 arbeitslos. Die an das Reichsstatistische Amt berichtenden Arbeitsnachweise, die sich mit der Vermittlung aller Arbeiterkategorien in Stadt und Land befassen, berichten, daß im Monat Juni auf 100 offene Stellen 168 männliche Arbeitsuchende kamen. 413 000 Arbeitsgesuchen standen nur 246 000 offene Stellen gegenüber. Unter solchen Verhältnissen kann man doch wirklich nicht davon reden, daß jeder, der arbeiten will, auch Arbeit erhalten kann. Der Ruf nach Einstellung der Fürsorge für Arbeitslose, ist so weiter nichts als der Wunsch einer Schafmachersche, die Arbeiterschaft in eine noch größere Abhängigkeit der Arbeitgeber zu bringen.

Die weitere Amtsdauer von Beratern der Arbeitgeber und der Versicherern bei Versicherungsanstalten. Im „Zentralblatt für das Deutsche Reich“, vom 18. Juli 1913, wird folgende Bekanntmachung des Reichsfinanzers vom 12. Juli 1913 veröffentlicht:

„Auf Grund des Artikel 4 des Einführungs-gesetzes zur Reichsversicherungsordnung hat der Bundesrat bestimmt: Die Frist, die in der Bekanntmachung vom 25. November 1911 (Zentralblatt für das Deutsche Reich 1911, S. 725) für die Amtsdauer der gegenwärtigen Mitglieder der Ausschüsse der Versicherungsanstalten sowie der gegenwärtigen Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherern in den Vorständen der Versicherungsanstalten (§ 76, § 74 Absatz 2 des Invalidenversicherungsgesetzes) vorgesehen ist, wird bis zum 31. Dezember 1914 verlängert.“

### Aus dem gewerblichen Leben.

**Rohrhammer-Gewerbeverband für Franken und Bayern.** Die Generalversammlung dieses Genossenschaftsverbandes fand jüngst in Oberlangensfeld statt. Der Verbandsdirektor Schlemmer gab dabei bekannt, daß die Geschäfts-

Im Korbmachereigewerbe in der zweiten Hälfte des Jahres 1912 infolge der unsicheren politischen Lage bedeutend abgeflaut sei und sich bis heute noch nicht erholt habe. Man dürfe jedoch hoffen, daß mit der Beendigung der Balkankriege eine Besserung Platz greife. Der Umsatz der Genossenschaft befreite sich im letzten Geschäftsjahre auf rund 244 000 Mk. Der Verband hat an die Artilleriewerkstätte in Spandau für 70 000 Mk. und für die gleichartige Werkstätte in München für 16 000 Mk. Geschloßkörbe geliefert. Im laufenden Jahre hat der Verband bereits wieder Staatsaufträge in Höhe von 40 000 Mk. erhalten. Beklagt wurde, daß die Artilleriewerkstätte Dresden eine gewaltige Preisdrückerei betreibt. Die Spandauer Werkstätte habe im vorigen Jahre noch 3,70 Mk. pro Patronen-Feldkorb bezahlt, während die Dresdener Werkstätte bei der letzten Submission die gleiche Arbeit zum Preise von 1,55 Mk. vergeben habe. — Der Verband scheint sich nicht besonders günstig zu sehen. Besonders geklagt wurde über die Zurückhaltung der Geschäftsanteile. Bei einer Mitgliederzahl von 780 folgte nur eine Einzahlung von 3296 Mk. Auf diesen Umstand und auf die 80 000 Mk. tragenden Außenstände wird teilweise der Betriebsverlust von rund 2 600 Mk. im letzten Geschäftsjahre zurückgeführt. Die Staatszuschüsse an den Verband haben eine Höhe von 12 000 Mk. erreicht. Es sei dringend geboten, so wurde ausgeführt, daß das Kreditwesen bei den Genossenschaften ein Ende nehme. Herr Landrat Quark richtete den ersten Appell an die Genossenschaftler, ihren Verpflichtungen gegenüber dem Verbands besser nachzukommen, damit die staatlichen Zuschüsse auch künftig zugewiesen würden. Allzu glänzend scheint es nach dem Berichte, der über die Tagung im Lichtenfelser „Tageblatt“ erschien, mit der Korbmacher-Genossenschaftsbewegung in Franken und Coburg nicht zu stehen.

Submissions-Ergebnisse. Lieferung von Möbeln zum Neubau des Krankenhauses für Geburtshilfe in Charlottenburg.

Pos I Höchstf. 15 783.—	Mindestf. 7760.—
II " " 5 560.—	" " 3398.—
III " " 5 304.—	" " 2621.—
IV " " 8 665.—	" " 290.—
V " " 2 985.—	" " 1164.—
VI " " 1 368.—	" " 740.—
VII " " 1 525.—	" " 543.—
VIII " " 3 129.—	" " 765.—

Bremen: Fenster für den Neubau der Realschule in der wiesigen Vorstadt.

Pos I Höchstf. 4 987.—	Mindestf. 3564.—
II " " 13 093.—	" " 3564.—
III " " 8 965.—	" " 5421.—

Cassel: Neubau der Stadthalle.

65 qm Wandumfängen: Höchstforderung 13 053.—	Mindestforderung 6987.—
300 qm Deckenfläche: Höchstforderung 5 000.—	Mindestforderung 2375.—
86 qm Galerie-Verkleidungen: Höchstforderung 4 320.—	Mindestforderung 1 728.—
75 qm Schiebetüren: Höchstforderung 2 850.—	Mindestforderung 1 387.—

Söln: Fenster für den Schulneubau in der Redwitzstraße.

Pos I Höchstf. 3 827.—	Mindestf. 2399.—
II " " 3 940.—	" " 2393.—
III " " 3 788.—	" " 2226.—

Pos I bestand aus 53 Fenstern, die Außenlänge des Blindrahmens gemessen, rund 290 qm. Der Preis pro qm stellt sich bei dem niedrigsten Angebot auf Mk. 8,27. Die Forderung, die die Sachgenachprüf hatte, betrug pro qm Mk. 12,15. Auf den qm Fenster kommen allein am Holz Mk. 5,95. — Insofern dafür rund 1500 Mk. zu rechnen sind. Zur Fertigstellung einschließlich der Bekläge verbleibt somit die Summe von 900.— Mk. Wie der Meister da auf seine Rechnung kommt, ist unverständlich. Wahrscheinlich wird er nach altem Brauch verfahren, die Abschläge der Gesellen soviel wie möglich zu ziehen.

Der Zusammenschluß aller Waggonfabriken Deutschlands ist in Vorbereitung. Der Börsigen Zeitung (10. Juli d. J.) wird darüber aus Kreisen der Waggonindustrie geschrieben: „Vor 15 Jahren haben ca. 18 Waggonfabriken, die in der sogenannten R. M. B. (Norddeutsche Waggonbau-Vereinigung) zusammengeschlossen oder mit ihr befreundet waren, die Bedürfnisse des Deutschen Reiches und auch des Auslandes gedeckt. Unter der geschickten Leitung des damaligen Vorsitzenden der R. M. B., Geheimrat von der Lippe, war es den Waggonfabriken gelungen, sich einen Vertrag mit der Hauptbahndirektion, dem preussischen Staatsbahnen, zu sichern und eine hohe Rentabilität zu erzielen. Das

gab den Anreiz zur Gründung einer Reihe neuer Fabriken, deren Zahl, wenn wir richtig informiert sind, gegenwärtig 43 betragen soll. Der Niedergang der 1890er Jahre und die Zurückhaltung der Preussischen Staatsbahnen Anfang 1900 brachte es mit sich, daß von den neugegründeten Fabriken mehrere, wie z. B. Kellnerbach, Neustadt in Mecklenburg usw., eingingen oder andere, wie Herdingen, Gotha und Weimar, radikale Zusammenlegungen ihrer Aktien vornehmen mußten, oder noch andere, die dies nicht getan haben, noch heute an einer Dividendenimpotenz leiden. Die ungeahnte Entwicklung des deutschen Wirtschaftslebens und der damit verbundene Wagenmangel brachten die meisten Unternehmungen auf die Beine, und trotz der großen Nachfrage bestand unter den vielen Fabriken, die in neuester Zeit auch im Anschluß an Hüttenwerke entstanden sind, ein wilder Wettbewerb, der derart ausartete, daß man bei den verschiedenen einlaufenden Angeboten vor einem Rätsel stand. Wie es heißt, ist es Herrn Geh. Baurat Schrey gelungen, die sich bekämpfenden und widerstrebenden Interessen der außerhalb der R. M. B. stehenden Waggonfabriken unter einen Hut zu bringen, und seit zirka einem Jahre ist eine gewisse Gleichmäßigkeit in den Angeboten zu bemerken. Soweit sie sich in mäßigen Grenzen hält, und dafür sorgen schon die preussischen Staatsbahnen als Regulator, liegt der Zusammenschluß auch im Interesse der Volkswirtschaft, da er ohne weiteres Angebote ausschaltet, von denen man von vornherein weiß, daß die Preise direkt verlustbringend sein müssen. Die Waggonfabriken werden übrigens auch in ihrem eigenen Interesse gut tun, den Bogen nicht zu spannen, da sich die Konkurrenz noch vergrößern könnte. Die gegenwärtige Zahl der Waggonfabriken ist, wenn nicht bereits zu groß, doch hinreichend, den gesteigerten Bedarf zu befriedigen und die in früheren Zeiten chronisch gewesene Lieferfristverzögerung zu vermeiden. Jede weitere Vermehrung oder Vergrößerung der Fabriken könnte verhängnisvoll werden, und die preussischen Staatsbahnen regulieren auch in dieser Beziehung vorteilhaft. Wie verlautet, sind in der Vereinigung nicht nur die deutschen, sondern auch die österreich-ungarischen, Schweizer und belgischen Waggonfabriken versammelt.“

Mangel an Uhrmachereischreibern? Bei Gelegenheit einer Besprechung des weiteren Ausbaues der Schwarzwälder Schreierschule, die zu Fortwängen stattfand, wurde von den Uhrmachereischreibern zum Ausdruck gebracht, daß bei dem immer fühlbarer werdenden Mangel an Schreibern für die Uhrgehäusefabrikation sachlich gebildete Leute nicht nur in zunehmendem Maße gesucht, sondern besonders auch sehr gut bezahlte Arbeitskräfte seien. Die Schreinerabteilung der Schreierschule soll den Mangel an Schreibern mitbeheben helfen. — Wenn wirklich ein Mangel an Uhrgehäuse-schreibern herrscht, dann verstehen wir tatsächlich nicht, wie die Lohnverhältnisse der Schreiner in der Uhrindustrie noch so verheerend bedürftig sind. Denn daß die Schreiner in der Schwarzwälder Uhrindustrie so gut bezahlte Kräfte sind, werden sie jedenfalls bisher nur aus dem Munde von Arbeitgeberern gehört haben. Im eignen Portemonnaie dürften die Arbeiter davon noch nichts gespürt haben. Herrscht aber wirklich ein Mangel an Schreibern, dann kann nur angenommen werden, daß die Schwarzwälder Uhrmacher nicht die notwendige Initiative besitzen, um sich bessere Zustände zu erringen. Bei dem mangelhaften Organisationsverhältnis liegt diese Annahme sehr nahe. Noch wäre es aber Zeit, Wandel zu schaffen. Wenn erst durch die Heranbildung weiterer Kräfte der Konkurrenzkampf der Arbeiter untereinander verstärkt wird, dann braucht kaum noch damit gerechnet werden, daß die Löhne steigen. Darüber sollten sich die in der Schwarzwälder Uhrindustrie beschäftigten Holzarbeiter klar sein, daß die Arbeitgeber die Berechnung der Zahl der Schreiner nicht wünschenswert, um diesen die Erzeugung höherer Löhne zu erleichtern.

Bremer Stahlrohrfabrik Mend, Schulz & Co., A. G., Bremen. Im letzten Geschäftsjahre erzielte diese Gesellschaft einen Betriebsergebnis von Mk. 174 279.—. Nach den üblichen Abschreibungen verblieb ein Reingewinn von Mk. 121 193.—, der sich durch den Betrag aus dem Vorjahre auf Mk. 132 293.— erhöht. Die Dividende wurde auf 7% festgesetzt; im Vorjahre betrug dieselbe 6 1/2%.

Seine Dividenden bei Ferdinand Wendig Söhne, Akt.-Ges. für Holzverarbeitung. Der Aufsichtsrat der Gesellschaft beschloß, im Geschäftsjahre 1912/13 keine Dividenden zu verteilen. Im vorigen Jahre wurden 3 1/2% verteilt. Das diesjährige Ergebnis ist durch die Katastrophe des Berliner Baumarktes herbeigeführt worden.

**Literarisches.**

Unser Wald. Ein Kapitel denkender Naturbetrachtungen im Rahmen der vier Jahreszeiten. Von Dr. Ludwig Büchner, 71 Abbildungen. Thomas Bohnsackher Nr. 98 101. Brosch. 80 Pfg., geb. Mk. 1,10. Theob. Thomas Verlag Leipzig.

Die Zahl der Veröffentlichungen in der modernen populären wissenschaftlichen Literatur, welche den „Deutschen Wald“ behandelt, ist nicht gering. Gleichwohl versucht vorliegendes Bändchen die Gegenstände neue Seiten abzugewinnen. Der Gedanke, unsern größten Pflanzenverein, in dem das pflanzliche Leben seine höchste Form erreicht, der am meisten bestimmend auf das Landschaftsbild, den deutschen Wald in seinen verschiedenen Formen (in Mittelgebirge, in der Hochregion, in Karste, in der Niederrhein- und in der bunte Welt der Jahreszeiten anschaulich dem Leser vorzuführen, ihn auf sehr Wanderungen mit seinen hauptsächlichsten Elementen allmählich vertraut zu machen und mannigfaltigen biologischen Beobachtungen anzuregen, — den Wald als Schönheitsbringer, als Quelle reinsten Naturgenusses kennen zu lernen, — in diesem Brennpunkte einen stattlichen Teil unsern botanischen Wissens in allgemein verständlicher, klarer Form zu sammeln, ist vom Anfang bis zum Ende konsequent durchgeführt. Der Verfasser, ein Schüler des bekannten Wiener Pflanzenphysiologen Wiesner verweilt auch die neuesten botanischen Forschungsergebnisse, insbesondere die so interessanten, von der Allgemeinheit noch viel zu wenig gewürdigten Beziehungen des Lichtes zur Pflanz- in diese Schilderungen, deren manche in gehobener, schwungvoller Sprache ein anschauliches Bild deutscher Landschaftsbilder entrollen. Das Bändchen wendet sich in gleicher Weise an Naturfreunde und Lehrer, an Erwachsene wie an unsere Jugend. Zahlreiche, zum größten Teile nach der Natur angefertigte Abbildungen, sowie die Register sind zur Unterstützung des Textes und Erleichterung der Orientierung bestimmt. Auf den Schlußappell an Eltern und Erzieher, die Liebe zum Walde und zur Natur zu wecken und zu pflegen, sei in unseren Tagen der neu belebten Wanderlust der Jugend besonders hingewiesen.

Die katholischen Arbeitervereine. Von Joseph Jooz. (St. Anton-Bibliothek 12. Heft. Herausgegeben vom Sekretariat Sozialer Studentenarbeit.) H. 8° (54) M. Glabach 1913. Volksvereins-Verlag GmbH, 40 Pfg., postfrei 45 Pfg.

Das Bändchen wendet sich an die Schicht der Gebildeten und an die studierende Jugend. Es entwickelt und begründet die Organisation der katholischen Arbeitervereine aus dem Gedanken der Arbeiterbewegung heraus. Kapitel 1 bringt Hinweise auf den Zusammenhang der Denkweise unserer neuzeitlichen Arbeiterschaft mit dem Charakter der Lohnarbeit und der Art moderner Industriearbeit. Kapitel 2 skizziert die Aufgaben, die das Problem der kulturellen Hebung dieser Arbeitermassen uns stellt und umschreibt in diesem Zusammenhang das Tätigkeitsprogramm der katholischen Arbeitervereine. Kapitel 3 orientiert über den derzeitigen Stand der Bewegung und führt uns in die praktische Arbeit der Vereine selbst ein. So erbringt das Schriftchen den Nachweis, daß die katholischen Arbeitervereine tatsächlich ein notwendiger Faktor in den Bestrebungen zur Schaffung einer Standeskultur der Lohnarbeiter sind. Der eingehende Literaturnachweis wird dem interessierten Leser besonders willkommen sein.

Das Landheer. (Staatsbürger-Bibliothek 4. Heft.) 2. Auflage (6. bis 11. Tausend). 8° (80) M. Glabach 1913. Volksvereins-Verlag GmbH, 40 Pfg., postfrei 45 Pfg.

Die vorliegende zweite Auflage der Schrift weist gegenüber der ersten insofern eine Änderung auf, als hier von der Wiedergabe der formalen Bestimmungen betreffend den Militärdienst abgesehen worden ist und dem Titel mehr entsprechend die verfassungsgesetzlichen Bestimmungen über das Landheer sowie dessen Organisation in den Vordergrund der Schilderung gerückt worden sind. Eine breitere Darstellung haben dabei die einzelnen Militärvorgänge der letzten vier Jahrzehnte erfahren, angefangen mit der ersten seit den glorreichen Kriegen 1870/71 — nämlich der vom Jahre 1874 — bis zur umfassendsten, der vom Frühjahr 1913. Für die Verteidigung der letztern gegenüber den landläufigen Einwendungen der Sozialdemokratie bietet das Kapitel: Die Stellung der Sozialdemokratie zum Militär schlagendes Material.

**Briefkasten.**

Josef Heilmann, zuletzt in Augsburg, wolle seine Adresse der Geschäftsstelle des Verbandes in Köln mitteilen, damit ihm sein Mitgliedsbuch der Krankengeldversicherung nachgeschickt werden kann.

Adressenveränderungen. Großsteinheim. R. Carl Jabel, Schönbornstraße 19. Hamm. L. Restaurant zur Post, Wilhelmstraße 11. Würzburg. V. Michael Müller, Kleinförsterstraße 12.

**Sterbetafel.**

Adolf Seppia, Tapezierer, 19 Jahre alt, gestorben in Mannheim. Gertrud Strammann, Riffenmacher, 25 Jahre alt, gestorben in Schwelm. Ruhe in Frieden!

**Wichtig für Holzarbeiter.**

Das Berechnen des Bogenradius. (Kreisabschnitt) Ellipsen mit der Schnur zu ziehen; verschiedene Korbbogenkonstruktionen, Ellipsen durch Vergatterung (Grafbogen) überhöhte Bogen, ansteigende Bogen, Spitzbogen.

Preis Mk. 1,50

Für die Praxis ausgearbeitet und zu beziehen von

**B. Löchtefeld, Borghorst**  
in Westfalen.

**Staatlich unterstützte städtische Fachschule für Handwerk und Industrie zu Düsseldorf.**

**TAGES-KURSE FÜR SCHREINER**

(44 Std. wöchl.) Jeden Monat neue Unterrichtsstoffe (Bachf. Geschäftsbuchwechsel, Wechseldk., Rechnen, Kalkul., Fläch- u. Körperberechn., gewähl. Gesetzeskde., Stil- u. Formale Mat., Werkz., Maschinenkde., Freihandz., Fachzeichnen). Die Kurse bereiten auch auf die MEISTER-PRÜFUNG vor. Meistersstück kann in der Schule angefertigt werden. EINTRITT und AUSTRITT jederzeit möglich; die Kurse gestatten beliebige Unterbrechung in der Ausbildung. SCHULGELD: 10 Mark pro Monat, 40 Mark für 4-5 Monate. AUFNAHME-BEDINGUNGEN: Vollendung des 17. Lebensjahres und mindestens zweijährige Praxis. PROGRAMM steht kostenlos zur Verfügung. ANMELDUNGEN u. ANFRAGEN sind zu richten an die Direktion der Fachschule zu Düsseldorf, Charlotenstr. 27. Der Direktor: ZILLMER.

**2 tüchtige Tischler**

wollen nach Zeichnung gezeichnet, auf moderne Arbeit- und Schreiner-Einrichtungen für Werk- und Holzwerkzeuge, im Polieren besonders, finden sofort dauernde Stellung. In neuen Dreifachwerkzeugen, 5. Schiffs.

**Gingelgte Journiere für Nähtische, Schablen und Füllungen.**

Wappbogen gegen 20 Pfg. in Briefmarken. Zusätzliche Anfertigungsschriften.

Ges. H. Müller, Maschinen- u. Holzwerkz., Theaterstraße 7.

**Mehrere tücht., perfekte Weizer**

nach einer größeren Stadt des Rheinlandes gesucht. Dauernde Stellung. Verbandskollegen, die auf diese Stelle reflektieren, wollen sich zwecks näherer Auskunft an die Geschäftsstelle des Verbandes in Köln wenden.

**Überall kann mans hören**

daß Walde „Der praktische Tischler“ das beste Lehr- und Vorlagebuch für jeden Tischler ist. Das über 800 Seiten starke Werk mit 1065 Zeichnungen, 54 ein- und 8 mehrfarbigen Tafeln und 2 zerlegbaren Modellen kostet nur Mk. 2.— Die Zahlungen in monatlichen Raten à Mk. 2.— erfolgen. Ein vorwärts kommen will, muß dieses von Kollegen allseitig empfohlene Werk besitzen; es erleichtert jedem das Fortkommen und hilft verdienen. Das Buch ist die gültige Richtschnur für den Tischler und ist heute von E. G. Richter, Reichert, Buchhandlung, Leipzig, Kolonnenstr. 10q.